



**Franz Wagner**  
Präsident des Deutschen Pflegerats

## Editorial

### Thema des Jahres 2021

Jedes Jahr geht man mit Wünschen in das neue Jahr. Angesichts der enormen, zusätzlichen körperlichen und psychischen Belastungen des letzten Jahres wünscht man sich für die Profession Pflege geradezu ein möglichst langweiliges Jahr 2021. Gemeint sind damit vor allem Ruhe und ein überschaubares Arbeiten. Nicht getrieben von der uns die letzten zwölf Monate begleitenden Hektik und den Sorgen, auch um die eigenen Familien.

Hoffnungsvoll stimmt, dass die Entwicklungen des Corona-Impfstoffes weit vorangetrieben sind. Impfbereitungen sind in Planung. Die Vorbereitungen für flächendeckende Impfungen, bei denen die Berufe in der Pflege mit an erster Stelle stehen, laufen. Zuversicht ist geboten.

Es ist vor allem ein Thema, bei dem es keine Verzögerungen in der Umsetzung mehr geben darf. Das ist eine bessere Personalausstattung, sowohl im Krankenhaus als auch in der Langzeitpflege. Deren dringender Bedarf muss nicht nochmals betont werden. Die Profession Pflege arbeitet seit langem am Limit. Für Krankenhäuser und Pflegeheime liegen die Vorschläge hierfür seit Anfang 2020 auf dem Tisch. Was fehlt, ist die Entscheidung des Bundesgesundheitsministeriums und die der Länder. Gefragt sind nicht Trippelschritte, sondern eine klare Strategie hin zur kompletten Umsetzung von weit über 100.000 zusätzlichen Vollzeitstellen allein in Pflegeheimen. Eine solche Strategie muss auch die Qualität im Blick haben. Das im Gespräch stehende zusätzliche Pflegeassistenzpersonal muss in seiner Ausbildung das Qualifikationsniveau 3 aufweisen. Nur dies schafft Entlastung. Das gehört im Bund und in den Ländern gesetzlich geregelt.

Der Aufbau der benötigten Stellen muss umgehend erfolgen. Nur mit einer verbindlichen Zusage bezüglich Umfang und Zeitplan kann das Vertrauen der Profession Pflege in eine spürbare Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreicht werden.

**Dr. h.c. Franz Wagner**  
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

**Heilberufe**  
*Pflege einfach machen.*

## IM FOKUS

### Gute Zwischenergebnisse der KAP alleine reichen nicht

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben den 1. Bericht zum Stand der Umsetzung der Vereinbarungen der Konzertierte Aktion Pflege (KAP) vorgestellt.

Die Einrichtung der KAP war und ist wichtig und richtig, weil sie die relevanten Akteure an einen Tisch gebracht hat. Dies mit dem Ziel, gemeinsame Vereinbarungen zur Weiterentwicklung der professionellen Pflege in Deutschland zu treffen. Denn die Politik allein kann die anstehenden Aufgaben und Probleme im Pflege- und Gesundheitsbereich nicht lösen. Es bedarf der Zusammenarbeit aller Beteiligten, um voranzukommen.

Doch es bleibt noch sehr viel zu tun. Allem voran bedarf es einer besseren Personalausstattung in der Pflege, der konsequenten Ausgestaltung der hochschulischen Ausbildung und einer verbindlichen tariflichen Bezahlung. Hier bleiben die aktuellen Ergebnisse der KAP teilweise noch weit hinter den Erwartungen zurück. Entscheidend ist es auch, Lösungen vor allem zeitnah in die Umsetzung zu bringen.

Die Profession Pflege braucht Vertrauen darin, dass sich tatsächlich etwas an ihren Arbeitsbedingungen ändert. Dieses Vertrauen ist in den letzten Jahren verloren gegangen und muss mühsam wieder aufgebaut werden. Die Umsetzung der Ergebnisse der KAP kann einen wesentlichen Teil dazu beitragen. Das muss jedoch mit mehr Tempo erfolgen, als dies bislang vielfach geschehen ist.

**Christine Vogler**  
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

## Gemeinsames Positionspapier zur Pflege

# Weg vom Limit: Mehr Patienten- und Bewohnersicherheit

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit hat zusammen mit dem Deutschen Pflegerat e.V. (DPR) und weiteren maßgeblichen Pflegeorganisationen das Positionspapier „Patientensicherheit und Bewohnersicherheit in pflegerischer Verantwortung“ herausgegeben.

Die Berufsgruppe der Pflege ist am Limit – und das nicht erst seit der SARS-CoV-2/COVID-19-Pandemie. Die zunehmend hohen Belastungen im Arbeitsalltag von Pflegefachpersonen lassen es oft nur noch zu, prioritär das Dringlichste zu erledigen. Die erforderliche und kontinuierliche Patientensicherheit leidet ebenso wie die Beschäftigten. Bessere Voraussetzungen und

Rahmenbedingungen für die Berufsgruppe Pflege sind überfällig. Welche Wege zur Verbesserung der Bedingungen schnellstmöglich (und endlich) beschritten werden müssen, zeigt das gemeinsame Positionspapier des Aktionsbündnisses Patientensicherheit (APS), des Deutschen Pflegerats (DPR), der Bundespflegekammer und der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissen-

schaft (DGP) auf. Vorgelegt wurde dies im Rahmen des Deutschen Pflegetags 2020.

Im Papier selbst geht es vor allem um die fünf wichtigen Punkte „Die generalistische Pflegeausbildung“, „Berücksichtigung von Patientensicherheit/Bewohnersicherheit in Ausbildung und Studium“, „Personalbedarfsbemessung in der Pflege“, „Organisationskultur (Einrichtungskultur/ Sicherheitskultur)“ sowie „Aufgabe der Pflegekammern“.

### Strukturproblem Personalnot

„Es ist ein Strukturproblem, dass es in allen Bereichen der Pflege zu Personalnot kommt“, heißt es im Papier. Aber auch der zunehmende Einsatz von Leasingkräften und die Leistungsverdichtung in allen Sektoren der Versorgung durch immer kürzere Verweildauern bei gleichzeitig schwereren Grunderkrankungen seien im Wesentlichen ursächlich für die vorherrschende psychische und physische Überlastung von Pflegefachpersonen.

**Krankenhäuser:** Die Einführung der Personaluntergrenzen in Krankenhäusern hätte nur bedingt zu einer Verbesserung der Personalsituation beigetragen. Eher sei es dadurch zu Personalverschiebungen und/oder zur schnellen Verlegung von Patienten/innen von Intensivstationen gekommen, mahnen die Verfasser des Positionspapiers. Zudem seien die Personaluntergrenzen willkürlich festgelegt worden. Daher gebe es für das politische Postulat, dass mit den Personaluntergrenzen Patientensicherheit gewährleistet sei, keinen Beleg.

**Langzeitpflege:** In der Langzeitpflege variere die Personalausstattung in Pflegeheimen zwischen den Bundesländern aufgrund von Landesregelungen erheblich. Und obwohl ein Vorschlag für ein Personalbemessungssystem auf dem



Personaluntergrenzen in Krankenhäusern führten u.a. zur schnellen Verlegung von Patienten/innen von Intensivstationen auf Normalstationen.

Tisch liegt, sei zu befürchten, heißt es weiter, dass dessen Umsetzung „Jahre dauern“ werde.

Auch gebe es durch den hohen Anteil von gering oder als Pflegeassistenten qualifizierten Mitarbeitenden in der Pflege eine qualitative Herausforderung. Verschärft werde die Lage durch den bereits bestehenden bundesweiten Pflegepersonalmangel. So dauere es mehr als sechs Monate, freie Stellen für Pflegefachpersonen wieder zu besetzen. Den Pflegestellenförderprogrammen der aktuellen Bundesregierung schreibt das Positionspapier „nur bedingt Wirkung“ vor, „da sie viel zu spät kommen“.

### An aktuellem Wissen orientieren

Dagegen sei es ein dringendes Erfordernis, die Pflegefachpersonen zu sensibilisieren, sich an aktuellem Wissen zu ori-

entieren und für ihr Handeln Verantwortung zu übernehmen. Eine weitere Aufgabe für Politik und Träger von Einrichtungen sei die ernsthafte Auseinandersetzung mit den aktuellen Bedingungen in der Pflege und die daraus notwendigerweise resultierenden Verbesserungen der Rahmenbedingungen. „Die Erkenntnis auf gesellschaftlicher Ebene, dass eine mangelhafte Pflege immer eine Gefahr für Patienten und pflegebedürftige Menschen bedeutet, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Patientensicherheit.“

### Fazit

„Die Sicherheit von Menschen mit Pflegebedarf zu gewährleisten ist ein inhärentes Element pflegerischen Selbstverständnisses. Die aktuellen Rahmenbedingungen pflegerischer Arbeit gefähr-

den häufig die Erreichung dieser Anforderung. Dies führt zu vermeidbarem Leiden und Einschränkungen der Lebensqualität bis zum Tod von Menschen und ist eine der zentralen Ursachen für die hohen psychischen Belastungen, Berufsunzufriedenheit und Berufsflucht vieler Pflegefachpersonen. Die Ursachen sind vielfältig und bedürfen daher auch einer Reihe von Interventionen.“ Hierzu hat das APS mit seinen Partnern mit dem jetzt vorgelegten Positionspapier wertvolle Hilfestellungen gegeben.

aps-ev.de

## NEWS

### Deutscher Pflegeetag 2020

Der Deutsche Pflegeetag 2020 war ein Erfolg. Zwei Tage digitaler Kongress mit mehr als 130 Vorträgen und Podiumsgesprächen, bei 81 Streaming Stunden (1.654 GB Livestream, aufgenommen in acht Studios), 60 Aussteller in der virtuellen Ausstellung sowie 20.811 Klicks auf das Live-Programm, endeten mit einem Highlight: Nach einem vielseitigen Programm mit Informationen und Diskussionen zur aktuellen Lage der Pflege in Deutschland und den damit verbundenen Konsequenzen aus der Pandemie, stellte sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in der Abschlussveranstaltung den Fragen der Berufsgruppe.

Bis zum 30.04.2021 stehen alle Aufzeichnungen der Vorträge und Veranstaltungen online auf den Seiten des Deutschen Pflegeetags zur Verfügung. Für alle registrierten Teilnehmer/innen des Deutschen Pflegeetags 2020 ist dies in Ihrem Kongressticket integriert. Für alle, die bisher nicht registriert waren, besteht die Möglichkeit ein On-Demand-Ticket zu buchen und so von den Vorträgen des Deutschen Pflegeetags zu profitieren.

deutscher-pflegeetag.de

### Personalbemessung klären

Die Entscheidung, mit welchem Personal ein Krankenhaus künftig die Patientensicherheit gewährleisten soll, lässt auf sich warten, mahnt der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR). Hierzu liegt dem Bundesgesundheitsministerium seit Januar 2020 ein gemeinsamer Vorschlag des Deutschen Pflegerats, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und ver.di für eine Interimslösung vor. Der Deutsche Pflegerat fordert eine schnelle Entscheidung des Bundesgesundheitsministeriums. Betont hat der Rat dies anlässlich der Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages zur Pflegepersonalbemessung in Krankenhäusern.

deutscher-pflegerat.de

### Corona-Pandemie

Die professionell Pflegenden brauchen einen Arbeits- und Gesundheitsschutz, der seinen Namen verdient. Völlig verfehlt und absolut indiskutabel ist das, was gerade in Niedersachsen passiert. Hier wird per Verfügung das Arbeitszeitgesetz ausgehöhlt und Pflegenden können mit bis zu 60 Stunden Arbeitszeit pro Woche

belastet werden. Anstatt die seit langem bekannten Probleme in der Pflege-Personalausstattung anzugehen, sollen jetzt die professionell Pflegenden mit ihrem Rücken herhalten. Das ist politisch schäbig, kritisiert der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR). In dieselbe Kerbe schlägt die Entscheidung, dass infizierte, symptomfreie Pflegenden arbeiten sollen!

deutscher-pflegerat.de

### Inakzeptable Stigmatisierung

Umfragen belegen die Zunahme psychischer Erkrankungen bei beruflich Pflegenden: Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz hat daher eine Task-Force einberufen, die die Situation in den Pflegesettings laufend analysiert und Maßnahmen mit den Partnern in Rheinland-Pfalz und auf der Bundesebene abstimmt. Neben der körperlich anstrengenden Arbeit ist auch die psychische Mehrbelastung eine große Herausforderung. Mit Blick auf die hohen Covid-19-Infektionszahlen warnt Vorstandsmitglied Hans-Josef Börsch vor möglichen Folgeschäden für das deutsche Gesundheitswesen.

pflegekammer-rlp.de

## UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

## eHygienebericht entwickelt

An der Hochschule Osnabrück wird mit dem eHygienebericht ein Informationsinstrument für die Überleitung von Patientinnen und Patienten mit besonderen hygienischen Bedarfen entwickelt. Dieser soll alle hygienebezogenen Informationen zeitnah übermitteln können, die bei einer Verlegung, Entlassung oder Einweisung relevant sein können. Dies gilt sowohl für Informationen bei Vorliegen einer übertragbaren Erkrankung oder problematischer Erreger, als auch für das Vorliegen einer besonderen Infektanfälligkeit. Der eHygienebericht soll bei Wechseln zwischen allen versorgenden Institutionen des Gesundheitswesens einsetzbar sein, also zum Beispiel zwischen Krankenhaus und Pflegeheim bzw. Pflegedienst genauso wie zwischen Reha-Klinik und Arztpraxis.

Der Bericht soll elektronisch übermittelt werden können und als Teil der entstehenden Telematik-Infrastruktur im Gesundheitswesen deutschlandweit dazu beitragen, die kontinuierliche Versorgung Betroffener zu gewährleisten, eine Gefährdung Dritter zu verhindern und eine Ausbreitung infektiöser Erkrankungen einzudämmen.

Wer an einer Mitarbeit am eHygienebericht zur Verbesserung der Kommunikation im Bereich Infektion und Hygiene interessiert ist, kann sich unter der Email-Adresse [g.schulte@hs-osnabrueck.de](mailto:g.schulte@hs-osnabrueck.de) bei Dr. Georg Schulte von der Hochschule Osnabrück melden.

[uni-osnabrueck.de](http://uni-osnabrueck.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin  
(„Haus der Gesundheitsberufe“)  
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

**Verlag:** Springer Medizin Verlag GmbH  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin  
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

**Chefredakteurin:** Katja Kupfer-Geißler  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin  
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505  
[www.springerpflege.de](http://www.springerpflege.de)

## Offener Brief

Pflege ist systemrelevant  
– nicht nur in Pandemie

Ein Netzwerk von zwölf Verbänden der Pflege hat im Juni 2020 eine Online-Petition unter dem Motto „Pflege ist systemrelevant – nicht nur in Corona-Zeiten“ gestartet. Mit beteiligt sind der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) sowie die Bundespflegekammer.

Seitdem wurden mehr als 17.000 Unterzeichnungen gesammelt und über 5.000 Kommentare von Pflegenden auf der Petitionsseite [www.openpetition.de](http://www.openpetition.de) veröffentlicht, meldet der Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands (VPU). „Hier wird sichtbar, dass die Notwendigkeit einer umfassenden, nachhaltigen und tiefgreifenden Weiterentwicklung des Pflegeberufes nicht wegdiskutiert werden kann und darf“, betont Torsten Rantzsch, Vorstandsvorsitzender des VPU.

Das Verbändenetzwerk hat nun Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sowie den Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, angeschrieben. Gefordert wird „politisches Handeln hinsichtlich dringend notwendiger Entwicklungsschritte in Personalausstattung, Bildung und Verantwortungsreichen der Pflege“.

## Nachhaltige Aktivitäten für mehr Vertrauen

Im Schreiben selbst wird betont: „Bisherige halbherzige und ohne Vehemenz verfolgte Aktivitäten müssen Schwung aufnehmen bzw. von wirksamen und nachhaltigen Aktivitäten abgelöst werden. Eine Sicherung der nötigen Fachkräftequote in der Pflege wird langfristig nur durch konsequent verbesserte Arbeitsbedingungen in allen Einsatzfel-

dern der Pflege gelingen“. Die nötigen Grundlagen dazu lägen auf der Hand, wird weiter ausgeführt. Hierzu gehörten eine umfassend verbesserte Personalausstattung, valide am tatsächlichen Bedarf orientierte Personalbemessungsinstrumente, umfassende Investitionen in die Qualifikationen einschließlich eines consequenten Ausbaues hochschulischer Qualifikationen, faire Entlohnungen, veränderte Aufgabenteilungen im Gesundheitswesen einschließlich der Heilkundeübertragung sowie die Förderung von Innovationen und Forschung in der Pflege.

## Historische Chance ergreifen

Aktuell biete sich die historische Chance, einen weiteren Vertrauensverlust der Pflegefachpersonen zu vermeiden, heißt es abschließend, „indem die elementaren Weichen ernsthaft und nachhaltig gestellt werden, um die Profession Pflege zu stärken und unsere Gesundheitsversorgung und damit das Wohlergehen unserer Gesellschaft zu sichern“.

[vpunonline.de](http://vpunonline.de)